

SPD demokratischer pressediens

P/XXVI/19/3

7. Oktober 1971

Im Zeichen der normalisierenden Entspannung

Ostverträge und Berlin-Regelung ein sachliches Ganzes

Von x x x

Seite 1 / 30 Zeilen

Realitäten ins politische Kalkül einbeziehen

Wir müssen den verbliebenen Spielraum nützen

Von Egon Franke MdB

Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen

Seite 2 und 3 / 92 Zeilen

Der Wahlkampf hat bereits begonnen

Analyse der totalen Konfrontationsstrategie der CDU/CSU

Von Kurt Mattick MdB

Vorsitzender des SPD-Fraktionsarbeitskreises für auswärtige und innerdeutsche Beziehungen

Seite 4 und 5 / 83 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 3, Heussallee 2-10
Postfach: 9158
Pressehaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telefax: 22 845 285/847
53584 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölnener Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Im Zeichen der normalisierenden Entspannung

Ostverträge und Berlin-Regelung ein sachliches Ganzes

Von XXX

Man kann Verständnis dafür haben, daß auch die sowjetische Regierung sich über den sachlichen Zusammenhang zwischen einer Berlin-Regelung und dem deutsch-sowjetischen Vertrag Gedanken macht. Bonn hat diesen Zusammenhang immer wieder gegenüber Moskau vertreten und mit Erfolg vertreten, weil es notwendig erscheint, daß Berlin nicht ausgeklammert werden darf, wenn man ein neues Kapitel der deutsch-sowjetischen Beziehungen aufschlagen will.

Nun hat auch die Sowjetunion nicht von einem formellen Junktim gesprochen. Bonn wird im Gespräch mit den westlichen Verbündeten und auch mit der sowjetischen Regierung klären, wie man den sachlichen Zusammenhang bei dem Fortgang der Dinge Rechnung tragen kann. Es gibt keinen Grund für eine Irritation. Genau wie Bonn sieht man in Moskau und in anderen Hauptstädten die Ostverträge und die Berlin-Regelung als ein einheitliches Ganzes, das nur so die gewünschte Wirkung der Normalisierung und Entspannung haben kann.

Die zeitlich wichtigste Aufgabe aber bleibt die Ausfüllung des Berlin-Abkommens durch einen erfolgreichen Abschluß der Verhandlungen zwischen den Staatssekretären Egon Bahr und Dr. Helmut Kohl. Man dürfte feststellen können, daß nun auch die Regierung in Ostberlin bereit ist, ihren Beitrag zu einem Erfolg dieser Verhandlungen zu leisten.

Sobald dann die gesamte Berlin-Regelung vorliegt, wird man an die Einleitung des Ratifizierungsverfahrens herangehen können. Dabei kann man fest überzeugt sein, daß die Verträge eine Mehrheit im Bundestag finden werden. An der Entschlossenheit der Bundesregierung und ihrer Koalitionsparteien, diese Ratifizierung durchzusetzen, braucht niemand zu zweifeln und sollte auch niemand zweifeln.

(xxx/ex/8.10.1971/ks)

Realitäten ins politische Kalkül einbeziehen

Wir müssen den verbliebenen Spielraum nützen.

Von Egon Franke MdB

Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen

Jeder, der in diesem Lande Politik für die Menschen dieses Landes machen will und nicht nur darüber redet, ja, sogar täglich und viel darüber redet, daß er das wollte, muß sich über eines im klaren sein:

Immer mehr Deutsche wissen, welches Erbe und welche Hypothesen die früheren CDU-Regierungen hinterlassen haben und wie schwer es deshalb ist, angesichts der tatsächlich bestehenden Machtverhältnisse für unser Volk etwas zu erreichen. Sie haben erkannt, wie notwendig es ist, jeden Fortschritt an der Ausgangslage und nicht nur am Endziel zu messen. Sie durchschauen denjenigen, der komplizierte Probleme auf eine einfache Formel bringt und meint, sie dadurch gelöst zu haben.

Jeder weiß, daß es nicht ratsam ist und auch nicht geht, mit dem Kopf durch die Wand rennen zu wollen. Gerade wir Deutschen werden uns vor einer solchen Haltung hüten und hüten müssen. Ein Vierteljahrhundert nach Kriegsende hat uns die bittere Erfahrung gelehrt, daß wir unser Selbstbestimmungsrecht bei keinem Gericht einklagen und keiner Macht abtrotzen können, sondern nur mit Hilfe eigener Beiträge unserer Politik das Ergebnis einer Europäischen Friedensordnung erwarten können. Gewiß, das ist nicht der direkte Weg zur Wiedervereinigung, die uns früher in Aussicht gestellt und versprochen, aber nie gegeben wurde. Doch je enger unser Spielraum in der Zeit der verschiedenen CDU-Regierungen geworden ist, desto mehr müssen wir uns heute anstrengen, den noch verbliebenen Weg tatsächlich zu nutzen! Wer im Leben etwas werden oder erreichen will, der kommt nicht weit, wenn er nur davon redet, ohne etwas zu tun. Ein Volk, das etwas erreichen will, erreicht nichts, wenn es auf jene hört, die dauernd nur von seinen Rechten reden und dann so tun, als hätten sie damit schon etwas erreicht.

Die Wähler haben uns ein Mandat zum Handeln gegeben, nicht zur Deklamation und zum Warten. Wer die Menschenrechte dauernd nur beschwört, ohne einen Weg zu ihrer Verwirklichung aufzeigen zu wollen oder zu können, der kann damit auf die Dauer nicht verbergen, daß er keine realistische Alternative anzubieten hat. Wer die Menschenrechte zum Kleingeld in der täglichen politischen Propaganda herabwürdigt, der erreicht damit letzten Endes nur, daß er diese Grundforderung entwertet und ihren wirkungsvollen Einsatz zur richtigen Zeit schwer gefährdet.

Die Bundesregierung weiß sich dem Ziel der Selbstbestimmung für das ganze deutsche Volk verpflichtet. Sie hat das allen, auch

der sowjetischen Regierung unmißverständlich klargemacht.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat es schon vor zwölf Jahren in ihrem "Godesberger Programm" als größte Aufgabe bezeichnet, den Frieden zu bewahren und die Freiheit zu sichern. Das ist heute wie damals Grundlage und Ziel unserer Politik. Der Kommunismus in Europa ist ein machtpolitischer Tatbestand, mit dem jeder zu rechnen hat, auch wenn er ihm nicht gefällt. Niemand sollte so tun, als ob man mit Deklamationen daran etwas ändern könnte! Doch wenn man bestimmte Realitäten in sein politisches Kalkül einbezieht, so bedeutet das noch lange nicht, daß man diese Realitäten damit legitimiert. Das taten auch unsere westlichen Verbündeten nicht, als sie - lange bevor diese Regierung ihr Amt antrat - mit der Entspannungspolitik begannen. Auch die Opposition sollte daher diese Entspannungspolitik richtig sehen und nicht den Kommunismus in unserem Lande, den Kommunisten in Osteuropa mit Interpretationen zu Hilfe kommen, von denen diese selbst nicht zu träumen wagen.

Wer in seine Rechnung einbezieht, daß die Sowjetunion eine Weltmacht ist, der hat sich ihr damit nicht unterworfen. Im Gegenteil: Wer meint, daß er mit bloßem Wegschauen etwas ändern könne, für den kann es eines Tages ein spätes Erwachen geben!

Der teilweise Interessenausgleich, den wir ebenso wie der übrige Westen mit dem Osten erreichen wollen, bedeutet auch keinerlei ideologische Annäherung. Voraussetzung unserer Deutschland- und Ostpolitik ist, daß die grundsätzlichen und unüberwindlichen Gegensätze zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus nicht verwischt werden. Beide Gesellschaftsordnungen, unsere und die kommunistische müssen zeigen, wie sie mit ihren Problemen fertig werden. Wir brauchen jetzt und in Zukunft den Vergleich nicht zu scheuen. Wir brauchen keine chinesische Mauer um uns herum zu errichten. Wir wissen, daß unsere Ordnung jetzt und in Zukunft besser in der Lage ist, den menschlichen und technischen Forderungen unserer Zeit gerecht zu werden.

Zusammen mit unseren Verbündeten hat diese Bundesregierung in siebzehn Monaten die Weichen richtig gestellt und eine ganze Menge konkreter Fragen der Deutschland- und Ostpolitik nach vorne gebracht. Wenn wir dies vor dem Hintergrund der Tatsache betrachten, daß siebzehn Jahre lang, nämlich von 1949 bis 1966, überhaupt nichts erreicht worden ist, dann wird der Unterschied zwischen Propaganda und wirklichkeitsnaher Politik für die Menschen deutlich sichtbar.

Wer dies nicht sieht oder nicht sehen will, wer nur vom Endziel spricht, und wer in der Geborgenheit unserer freiheitlich-demokratischen Ordnung aber vor dem ersten Schritt dahin zurückscheut und vor schließlich Deutschland auf die Wartebank setzen will mit dem Hinweis darauf, daß eines Tages sich die Dinge - ja, so ungenau wird das, um was es gehen soll, umschrieben - schon im gewünschten Sinne von selber lösen werden - wer so argumentiert und sich so verhält, der kann keinen Anspruch darauf erheben, daß sein Wirken Politik zum Wohle der Menschen in Deutschland sei!

(-/ex/8.10.1971/ks)

Der Wahlkampf hat bereits begonnen

Analyse der totalen Konfrontationsstrategie der CDU/CSU

Von Kurt Mattick MdB

Vorsitzender des SPD-Fraktionsarbeitskreises für
auswärtige und innerdeutsche Beziehungen

Dr. Rainer Candidus Barzel ist gewählt. Wir wissen, woran wir sind: Da er vor der Wahl die Bedingung der dreifachen Position - Fraktionsvorsitzender, Parteivorsitzender und Kanzlerkandidat - gestellt hat, dürfte es bis zur nächsten Bundestagswahl kaum jemandem gelingen, ihm diese Mehrfachrolle streitig zu machen.

Für die Auseinandersetzung der nächsten zwei Jahre ist diese Entscheidung für uns das Bossere. Es gibt nun kein Wenn und Aber mehr. Der Parteitag der CDU hat den Mann gewählt, der schon als Fraktionschef die Weichen gestellt hat für die totale Oppositionsrolle, die er der CDU/CSU-Fraktion zugewiesen hat.

Wer die letzten beiden Jahre im Deutschen Bundestag noch einmal Revue passieren läßt und die wichtigsten Auseinandersetzungen nachliest, muß zu der Überzeugung kommen, daß die Kräfte innerhalb der CDU/CSU, die die Regierungsfähigkeit der Sozialdemokraten nicht grundsätzlich bestreiten, sondern die demokratischen Spielregeln einschließlich der Möglichkeit des Regierungswechsels voll akzeptieren, in der eigenen Fraktion in die Defensive gedrängt worden sind. Barzel, Strauß und andere sehen in der Bildung der Regierung Brandt/Scheel einen Unglücksfall, der nicht hätte passieren dürfen und der nun unter allen Umständen aus der Welt geschafft werden muß, koste es was es wolle. Einer, der zu dieser Gruppe gehört und der in der letzten Zeit besonders ausfällig geworden ist, hat in einem kleinen Kreis außerhalb der Bundesrepublik - den er wohl als vertraulich betrachtet hat - seine Empfindungen so ausgedrückt: "Die Sozialdemokraten machen uns (der CDU) unseren Staat kaputt".

In der Vorstellung solcher CDU/CSU-Vertreter ist die Bundesrepublik ihr Staat, den sie auch zu regieren haben. Daher muß - weil nicht sein kann, was nicht sein darf - der Regierung Brandt jeder Erfolg bestritten werden, darum darf ihr nichts gelingen, darum muß sie bis aufs Messer bekämpft werden: Wo die fairen Mittel einer normalen demokratischen Auseinandersetzung nicht mehr ausreichen, müssen Stolperdrähte gelegt werden.

Da wird der Herr Gehlen ausgegraben und prompt erscheint im CSU-nahen "Deutschlandmagazin" der zu erwartende Artikel mit der Überschrift "Wer ist unser Borkmann?" Natürlich wird niemand direkt verdächtigt, nein, nur rein zufällig wird in diesem Artikel der Name Bahr erwähnt. Ein Beispiel von vielen. Da spricht Herr Barzel von der höchsten Inflationsrate in der Bundesrepublik, genau wissend, daß wir im Vergleich zu allen europäischen Ländern mit konservativen Regierungen eine wesentlich günstigere Preisentwicklung aufweisen können. Und schließlich wird eine Rentenerhöhung um 11 vH. verlangt in dem Wissen, daß dies die langfristige Basis der Rentenversicherung zerstören würde. In seinem "Bayern-

kurier" fordert Herr Strauß das totale Kontrastprogramm, weil, wie er glaubt, die Opposition nur so eine Chance hat, die nächsten Wahlen zu gewinnen.

Für die Bundesregierung und die Koalitionsparteien ist es notwendig, sich auf diese totale Konfrontationsstrategie der Opposition einzustellen, um ihr erfolgreich begegnen zu können. Sollten sich in der außenpolitischen Entwicklung keine ernsthaften Schwierigkeiten einstellen, weder im Westen noch im Osten, sollte, wie wir annehmen können, der englische Beitritt zur EWG erfolgen, bedeutet das für unsere Außenpolitik einen entscheidenden Schritt nach vorn. Nach dem endgültigen Abschluß der Berlin-Verhandlungen wird die öffentliche Meinung mit außenpolitischen Parolen nicht mehr gegen uns mobilisiert werden können. Folglich wird die CDU/CSU ihre Attacken auf die Innenpolitik konzentrieren. Dabei werden Verleumdungen heute nicht mehr das politische Gewicht erreichen wie zu Hugenbergs Zeiten, weil unsere demokratische Basis weitaus gefestigter ist und die Mehrheit der Wähler sich nicht mehr so leicht für dumme verkaufen läßt.

Wenn wir uns erinnern, wie unter Erhard und Schmücker schon einmal eine gewollte Rezession fabriziert wurde, die Strauß als heilsam bezeichnet hat, so kann es keinen Zweifel daran geben, daß der Interessenverband der Gegner der Sozialdemokratie jede Mühe auf sich nehmen wird, um ihr zu schaden: Preise werden auch dann hochgetrieben, wenn dies nicht markt- und konjunkturgerecht ist; Kurzarbeit und Entlassungen werden auch dann durchgeführt, wenn es Auftragslage bzw. Auftragsangebot nicht erforderlich machen. Preissteigerungen und Arbeitsplatzunsicherheit sind die stärksten Negativ-Faktoren, um Wähler gegen eine Regierung zu mobilisieren. Daher glaube ich, daß dieser Klassenkampf von oben in den nächsten zwei Jahren die großen Auseinandersetzungen beherrschen wird.

In den Betrieben heißt es daher für alle Mitglieder in Aufsichtsräten, Mitbestimmungsgremien sowie für alle Betriebsräte wachsam zu sein, gegen Manipulationen anzugehen und, wo immer solche Boykottmaßnahmen nicht verhindert werden können, die Öffentlichkeit darauf aufmerksam zu machen. Es wird einen ungewöhnlichen Wahlkampf geben, der einen ungewöhnlichen Einsatz verlangt: Und wenn nicht alles täuscht, hat er bereits begonnen.

(-/ex/8.10.1971/ks)

+ + +